

SOC-136-06

Brüssel, den 8. März 2006

**An die Mitglieder des Ausschusses für den  
sektoralen sozialen Dialog im Zuckersektor**

**An die Mitglieder der Arbeitsgruppe  
für soziale Fragen**

***Wichtigste Schlussfolgerungen der Vollversammlung des  
Ausschusses für den sektoralen sozialen Dialog im Zuckersektor  
am Dienstag, dem 28. Februar 2006***

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegend übersenden wir Ihnen die Ausrichtungen und wichtigsten Schlussfolgerungen der Vollversammlung des Ausschusses für den sektoralen sozialen Dialog im Zuckersektor, die am 28. Februar 2006 abgehalten wurde.

Diese Schlussfolgerungen werden ebenfalls auf die Eurosugar-Website gestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Dominique LUND

**AUSSCHUSS FÜR DEN SEKTORALEN SOZIALEN DIALOG IM ZUCKERSEKTOR****28. Februar 2006 - Teilnehmerliste****Vorsitzende: Marianne Nagy**

<b><u>Land</u></b>	<b><u>EFFAT</u></b>	<b><u>ORGANISATION</u></b>	<b><u>CEFS</u></b>
<b>BELGIEN</b>	Jan MOENS Yves DEMEUSE Philippe HUBIN	CGSLB FGTB FGTB	Marc ROSIERS (Belgischer Verband) Alain MARLIER ISCAL Sugar SA
<b>BULGARIEN</b>	Slavtcho PETROV Georgi Aleksiev USUNOV Ilka Ruseva RADKOVA	Fitu-Food Fitu-Food Fitu-Food	George USUNOV (Zaharni Zavodi)
<b>DÄNEMARK</b>	Bjarne MORTENSEN	3F - Co-industri	
<b>DEUTSCHLAND</b>	Jörg LINDNER Wolfgang ENDLING	NGG NGG	Stefan RÖSSING (Verein der Zuckerindustrie)
<b>FRANKREICH</b>	Jean-Michel DESMECHT Jean-Jacques CAZAUMAYOU Daniel LESAGE Jean-Jacques GAUTHIER	FGA CFDT FGTA-FO FGTA-FO FNAF-CGT	Jean Pierre PINASSEAU (Französischer Verband)
<b>GRIECHENLAND</b>			Themistoklis CHRYSIKOPOULOS Damianos ORFANIDIS (Hellenic Sugar Industry SA)
<b>IRLAND</b>			Gerry LYNCH (Irish Sugar Ltd)
<b>ITALIEN</b>	Sergio RETINI Daniele SAPORETTI Armando SAVIGNANO Antonio MATTEO	FAI CISL FAI-CISL FAI-CISL UILA Nazionale	Giorgio SANDULLI (Assozucchero)
<b>LETTLAND</b>	Vija OZOLINA	LATU	
<b>LITAUEN</b>	Tomas KIELA	LMP	Rimantas STULGYIS (Asocukrus)
<b>NIEDERLANDE</b>	Wim RAMAKERS	CNV-Bedrijvenbond	
<b>POLEN</b>	Stanislaw LUBAS Tomasz WIRKUS	NSZZ "Solidarnosc" NSZZ "Solidarnosc"	Jan RYBSKI (Association of Sugar Producers in Poland)
<b>PORTUGAL</b>	Antonio LOUCAO	SETAA	-
<b>SLOWENIEN</b>	Stanko PODGORELEC Metka ROKSANDIC	ZSSS KZI ZSSS KZI	
<b>SPANIEN</b>	Alberto DE FRUTOS Eugenio GARIGLIO	FTA-UGT FTA-UGT	Teresa LUIS RUIZ (BONPHIL) José JIMENEZ DE LA TORRE (Azucarera Ebro) Manuel RUIZ HOLST (Spanischer Verband)
<b>UNGARN</b>	Janos CSEPPELY Katalin PAYRITS	EDOSZ APK KHT	Marianne NAGY (Nordzucker - CIE)
<b>European Social Observatory</b>	Christophe DEGRYSE		
<b>Europäische Kommission</b>	Carlos LOPES (GD EMPL) E. PICHOT (GD EMPL) Dionyssis TSAGRIS (GD EMPL) Ronald HALL (GD REGIO) A. ALBANI (GD AGRI) A. CHRISTIDIS (GD AGRI) D. FISCH (GD AGRI) J.M. GAZAGNES (GD AGRI) Miguel GARCIA NAVARRO (GD ENTR)		
<b>Europäische Sekretariate</b>	<u>EFFAT</u> Harald WIEDENHOFER Eric DRESIN Stéphanie van COREGHEM <u>CEFS</u> Jean Louis BARJOL Dominique LUND Stefan LEHNER Oscar RUIZ DE IMAÑA Jérôme SHORJIAN		

## **I - Reform der Zuckermarktordnung und soziale Auswirkungen**

Zur Einführung der Sitzung informiert Jean Louis Barjol detailliert über den Inhalt der Reform der Zuckermarktordnung, den vorgesehenen Zeitplan und die zu erwartenden sozialen Auswirkungen der Reform (siehe Präsentation in Anlage 1).

Harald Wiedenhofer macht die Sorge der Arbeitnehmer der Zuckerindustrie um ihre Zukunft und ihre Fragestellungen hinsichtlich der Art der Maßnahmen deutlich, die trotz der kurzen Frist, die für die Reform vorgesehen ist, unternommen werden können. Wegen der Reform werden Tausende von direkten und indirekten Arbeitsplätzen verloren gehen.

Dominique Lund stellt einige Bitten um Klärung in Bezug auf den Zugang zu den verschiedenen Strukturfonds und auf die Finanzierung des Sozialplans bei Fabrikschließungen vor (siehe Anlage 2).

### **Frau Evelyne PICHOT (GD Arbeit und Soziales)**

Nach der Mitteilung der Kommission über die Umstrukturierungen und die Beschäftigung vom 31.3.2005 haben die Sozialpartner des Zuckersektors die GD Arbeit und Soziales gebeten, eine „verstärkte Begleitung“ ihres Sektors sicherzustellen. Diese Begleitung wurde insbesondere durch die Schaffung einer Kontaktgruppe für den Zuckersektor verwirklicht, der Vertreter verschiedener Generaldirektionen angehören (GD Arbeit und Soziales, Landwirtschaft, Unternehmen, Regionen). Eine erste Sitzung fand im November 2005 statt. Eine weitere Sitzung findet am 6. März statt. Diese Kontaktgruppe ermöglicht es in einer zusammenwirkenden und koordinierten Weise, eine Reihe von Maßnahmen für die Antizipation und die Bewältigung der sozialen Auswirkungen der Reform wie den Zugang zu den Strukturfonds zu prüfen. Sie erlaubt es ebenfalls, das Verständnis bestimmter Texte in Verbindung mit der Reform zu klären.

Frau Pichot spricht ebenfalls die Schaffung eines Fonds für die Anpassung an die Globalisierung an. Der diesbezügliche Rechtsvorschlag soll am 1. März von der Kommission gebilligt werden<sup>1</sup>. Dieser Fonds ist dafür bestimmt, Arbeitnehmern, die von wirtschaftlichen Schocks insbesondere in Zusammenhang mit den Veränderungen im internationalen Handel betroffen sind, zu helfen, wieder Arbeit zu finden.

### **Herr Jean Marc GAZAGNES (GD Landwirtschaft)**

Jean Marc Gazagnes verweist darauf, dass die rechtlichen Grundlagen für die Zuckerreform in den Verordnungen des Rates 318, 319 und 320/2006 vom 20. Februar 2006 (ABl. 58 vom 28.2.2006) enthalten sind.

Ziel der Reform ist es, dem Zuckersektor eine größere Leistungsfähigkeit zu ermöglichen. Das Zentrum der Reform bildet der Umstrukturierungsfonds für die Industrie, der zu diesem Zweck für vier Kampagnen geschaffen wird. Dieser Fonds kann bei einer Aufgabe der Quoten und einem Abbau der Zuckerproduktionsanlagen der betreffenden Fabriken in Anspruch genommen werden, wie dies in der Verordnung 320/2006 (Artikel 3) erläutert wird.

---

<sup>1</sup> Siehe Pressemitteilung IP/06/245 vom 1.3.2006.

Die zugewiesenen Beihilfen entsprechen folglich den unter den in der Verordnung vorgesehenen Bedingungen aufgegebenen Quoten.

Die Unternehmen, die Quoten aufgeben, legen einen Umstrukturierungsplan vor, der den in der Verordnung erläuterten Bedingungen entspricht. Dieser Fonds finanziert ebenfalls mit den vom Verkauf der Quoten betroffenen Mitgliedstaaten die Diversifizierungsbeihilfe (109,50 EUR pro Tonne im Wirtschaftsjahr 2006-2007 aufzugebene Quote), die im Rahmen der Schwerpunkte I und III des ELER für die regionale Diversifizierung bestimmt ist<sup>2</sup>.

Die Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums werden von den Mitgliedstaaten vorbereitet.

Folgende Schritte müssen unternommen werden:

1. Vom Unternehmen: Vorbereitung des Umstrukturierungsplans und des Sozialplans (siehe Artikel 4 der Verordnung 320/2006).
2. Vom Mitgliedstaat: Prüfung des vom Unternehmen im Rahmen des Antrags auf Bewilligung einer Umstrukturierungsbeihilfe vorgelegten Umstrukturierungsplans. Diese Beihilfe kann außerdem in kohärenter und koordinierter Weise durch den Beitrag von drei Strukturfonds ergänzt werden:
  - . Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
  - . Entwicklung des ländlichen Raums (siehe die in der Fußnote zitierte Verordnung 1698/2005)
  - . Europäischer Sozialfonds (ESF)

Im Zentrum der Regelung steht also der Fonds für die Industrie im Falle der Aufgabe von Quoten. Rund um dieses Zentrum kann von den Mitgliedstaaten eine umfassendere Strategie eingesetzt werden, für die die verschiedenen Quellen für strukturelle Finanzierungen in Anspruch genommen werden (neben der vom Umstrukturierungsfonds gezahlten Diversifizierungsbeihilfe).

Herr Gazagnes unterstreicht, dass die Verordnung des Rates 320/2006 bereits ein hohes Maß an Informationen enthält:

- . Ein Betrag von mindestens 10 % des Industriefonds wird den Landwirten vorbehalten (siehe Art. 3.6).
- . Ein Umstrukturierungsplan umfasst verschiedene Elemente wie einen Sozialplan (siehe Art. 4 f) und einen Umweltplan (Art. 4 g).
- . Die Möglichkeit, Investitionen für die Wiederaufnahme von Aktivitäten in der Region vorzusehen (siehe Art. 6 – Diversifizierungsbeihilfe).

### **Fragen und Antworten**

In Beantwortung der Bitten um Klärung von Seiten der Sozialpartner verweist Jean Marc Gazagnes ebenfalls darauf, dass diese unterschiedlichen Bestimmungen dem Geist der vom Europäischen Parlament am 19. Januar verabschiedeten Abänderung 24 entsprechen, in der die Verwendung aller verfügbaren Fonds in einer integrierten Weise empfohlen wird.

---

<sup>2</sup> Siehe Verordnung 1698/2005 des Rates vom 20.9.2005 – ABl. L 277/1 vom 21.10.2005 und Beschluss des Rates vom 20.2.2006 über strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 (2006/144/EG) – ABl. L 55/20 vom 25.2.2006.

Außerdem wurde in einem für den Sonderausschuss Landwirtschaft bestimmten Dokument<sup>3</sup> des Generalsekretariats des Rates aufgeführt, dass sich Unternehmen, die eine Umstrukturierungsbeihilfe über den Industriefonds beantragen, verpflichten müssen, keine Finanzierung für die gleichen Maßnahmen, wie die im Umstrukturierungsplan vorgesehenen, über andere Gemeinschaftsfonds zu beantragen. Antwort: Zur Klärung der Formulierung „gleiche Maßnahmen“ erläutert er, dass es einfach darum geht, die gleiche Rechnung nicht zweimal zu bezahlen (Herr Christidis führt in seinem späteren Beitrag aus, dass aufeinander folgende und sich ergänzende Maßnahmen natürlich durch verschiedene Fonds finanziert werden können).

Die Teilnehmer stellen weiteren Fragen:

. Ist es möglich, im Falle der Aufgabe der Inulinquote eine Umstrukturierungsbeihilfe zu erhalten, ohne die Fabrik zu schließen? (Yves Demeuse – Belgien). Antwort: Man kann die Anlagen aufgeben, die für die Herstellung von Inulinsirup bestimmt sind, ohne die gesamte Fabrik abzubauen, und die entsprechende Beihilfe erhalten.

. Wenn keine Quoten verkauft werden, gibt es keinen Zugang zum Umstrukturierungsfonds im Falle einer Fabrikschließung und somit keine konkrete Antwort für die Arbeitnehmer (Alain Marlier – Belgien). Außerdem werfen in bestimmten Ländern wie in Belgien die nationalen Rechtsvorschriften über die Unterrichtung und Anhörung (Renault-Gesetz) Probleme für den Zugang zu den Fonds auf (die Beschäftigten und die Landwirte müssen unterrichtet werden, bevor die praktischen Regelungen für die Umsetzung der Reform bekannt sind). Antwort von Frau Evelyne Pichot: Die einzige Antwort auf diese Frage besteht darin, die Unterrichtung, soweit dies möglich ist, im Rahmen des sozialen Dialogs vorwegzunehmen.

. Ist es möglich, bei einer völligen Aufgabe der Quote und dem Abbau der Anlagen für die Zuckerherstellung bestimmte Anlagenelemente für andere Tätigkeitsarten zu verwenden, und auf welchen Betrag hat man Anspruch? (Sergio Retini – Italien). Antwort: Wenn ein Teil der Anlagen für eine andere Verwendung als den Zucker beibehalten wird, kann ein bestimmter Anteil des Grundbetrags erhalten werden.

. Wenn man die Zuckeraktivitäten auf dem Standort beendet, aber eine Aktivität beibehält, beispielsweise in Form einer Handelstätigkeit, welche Gebäude dürfen behalten werden? Welche Art von Beihilfe kann dann erhalten werden? (Giorgio Sandulli – Italien). Antwort: Im Falle eines Abbaus der gesamten Zuckerherstellungsanlagen kann eine Beihilfe in Höhe von 100 % erhalten werden. Aber sämtliche mit der Zuckerherstellung verbundenen Anlagen einschließlich der für die Produktion erforderlichen Lagerung müssen zerstört werden. Man kann die Anlagen behalten, die nicht mit der Zuckerproduktion verbunden sind. Man kann die Büros behalten, die nicht in Zusammenhang mit der Zuckerproduktion stehen. Diese Frage muss für jeden Fall einzeln präzisiert werden.

. Eine Frage bezüglich der Raffinationsbeihilfe wird gestellt (J.J. Gauthier – Frankreich). – Antwort: Die Raffineure können einen Aktionsplan (Business Plan) vorlegen, damit sie sich an die neuen Bedingungen anpassen können. (Siehe auch Art. 8 der Verordnung 320/2006.)

. Harald Wiedenhofer bezieht sich ebenfalls auf diese Verordnung, die im Fall eines vollständigen oder teilweisen Abbaus der Produktionsanlagen vorsieht, dass die

---

<sup>3</sup> Siehe Dokument des Generalsekretariats des Rates DS 572/05 vom 14.10.2005.

Mitgliedstaaten diesen Unternehmen Verpflichtungen vorschreiben können, „die über die Mindestanforderungen nach den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften hinausgehen“ (Art. 3 Abs. 3 c und Abs. 4 c). Welche Autonomie haben dann die Sozialpartner in Bezug auf die Mitgliedstaaten, wenn man weiß, dass die europäischen Normen Mindestnormen sind und bestimmte nationale Rechtsvorschriften darüber hinausgehen? Und welche Bestimmungen sind für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen vorgesehen? Antwort: Der Umstrukturierungsplan enthält, wie im Ministerrat diskutiert, Elemente, die vom Einzelfall abhängen. Auf der sozialen Ebene erfolgt eine Diskussion mit den Sozialpartnern, um zu einem ausgeglichenen Plan zu kommen. Die Situation kann sich in den verschiedenen Ländern und sogar in den verschiedenen Fabriken unterscheiden. In einer Reihe von Fällen sieht das nationale Gesetz die Finanzierung bestimmter Maßnahmen vor, die dann nicht in den Umstrukturierungsplan aufgenommen werden dürfen. In anderen Fällen wird der Umstrukturierungsplan mehr Elemente berücksichtigen müssen. Jeder Plan wird demnach anders sein. In der Verordnung des Rates werden nicht alle Einzelheiten ausgeführt. Dies muss für jeden Fall einzeln, in einer ausgewogenen Weise im Rahmen jedes Umstrukturierungsplans diskutiert werden. Dies ist abhängig von der verfügbaren Finanzierung und von neuen Ideen, die sich ergeben können. Was die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft, so vergibt die Europäische Gemeinschaft Finanzmittel. Es ist Aufgabe der Wirtschaftsakteure, die Beschäftigungsmöglichkeiten zu analysieren. Außerdem gibt es eine Intervention des Fonds, wenn Quoten aufgegeben werden. Wenn keine Quoten aufgegeben werden, beteiligt sich der Umstrukturierungsfonds für die Industrie nicht, da sein Ziel die Verringerung der Zuckerproduktion ist.

## **II – Zugang zu den Strukturfonds für die europäische Zuckerindustrie und Vorstellung des Praktischen Leitfadens**

Der Praktische Leitfaden für den Zugang zu den Strukturfonds für die europäische Zuckerindustrie wird kurz vorgestellt<sup>4</sup>. In seiner Einführung unterstreicht Herr Fernando Vasquez, der bei der GD Arbeit und Soziales für die Unternehmensumstrukturierungen zuständig ist, den Willen der Kommission, den Sozialpartnern bei ihren Anstrengungen für die Antizipation und die Bewältigung der sozialen Auswirkungen der Umstrukturierung zu helfen. Er verweist ebenfalls auf die erwartete Funktion der Strukturfonds hinsichtlich einer Vereinfachung der wirtschaftlichen Wiederbelebung der betroffenen Regionen und der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer.

Es werden CD-Rom verteilt. Der Praktische Leitfaden liegt in drei Sprachen vor - Französisch, Englisch und Deutsch - sowie in zwei Formaten (html und Word). Er ermöglicht es, schnell in Abhängigkeit vom Standort der jeweiligen Zuckerfabrik und dem Unternehmensvorhaben die potenziell verfügbaren Strukturfonds zu bestimmen. Er enthält ebenfalls alle nützlichen Informationen über die Funktionsweise dieser Fonds (direkte Links zu den europäischen und regionalen Websites, Kontaktpersonen etc.).

Die Vertreter der drei Generaldirektionen (GD Regionen, GD Arbeit und Soziales, GD Landwirtschaft), die die Strukturfonds verwalten, präzisieren die mögliche Verwendung dieser Fonds durch die Zuckerindustrie.

---

<sup>4</sup> Siehe Website [www.eurosugar.org](http://www.eurosugar.org) – linke Spalte „Strukturfonds – Praktischer Leitfaden“ – User Name: „cefs“ oder „effat“ – Passwort: „social2004“.

## **Herr Ronald HALL (GD Regionen)**

Herr Ronald Hall ist bei der GD Regionen verantwortlich für den Fonds für regionale Entwicklung und für den Kohäsionsfonds<sup>5</sup>. Er begrüßt den Praktischen Leitfaden für den Zugang zu den Strukturfonds, der von den Sozialpartnern erstellt wurde, als ein nützliches Instrument, das gegebenenfalls in Abhängigkeit von den derzeit im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 in Vorbereitung befindlichen Verordnungen aktualisiert werden muss.

Die letzten Arbeiten für die Anwendung dieser neuen Finanziellen Vorausschau werden derzeit durchgeführt (Durchführungsverordnungen, verfügbare Haushaltsmittel, haushaltsspezifische und rechtliche Umsetzung).

Die von der Kommission bereits 2004 vorgeschlagene Verordnung wird derzeit vom Parlament und vom Rat geprüft. Die Vorausschau wurde von den Mitgliedstaaten am 16. Dezember 2005 gebilligt. Das Parlament hat noch nicht zugestimmt. Die vorgeschlagenen Mittel belaufen sich auf 307,6 Milliarden Euro über 7 Jahre für 27 Mitgliedstaaten einschließlich Bulgarien und Rumänien. Die verschiedenen Verwaltungssysteme werden ab dem 1.1.2007 funktionsfähig sein. Die endgültige Zustimmung der Mitgliedstaaten wird für Ende März 2006 erwartet.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sieht gezielte Maßnahmen auf der Ebene der Regionen, insbesondere der am wenigsten entwickelten Regionen (82 % der Gesamtmittel) vor. Der Restbetrag kann ebenfalls für die anderen Regionen verwendet werden, wobei 2 bis 3 % für die grenzübergreifende Zusammenarbeit bestimmt sind.

Die Mittel 2007-2013 werden für stärker strategisch ausgerichtete Ziele als vorher verwendet, insbesondere im Rahmen des Programms für Wachstum und Beschäftigung, dessen Ziel die Neubelebung der Strategie von Lissabon ist.

Die von der Kommission für 2007-2013 vorgelegten strategischen Leitlinien, deren Verabschiedung für Ende des Sommers 2006 erwartet wird, legen insbesondere den Schwerpunkt auf die folgenden Aspekte:

- . Notwendigkeit, in die Infrastrukturen zu investieren
- . Wachstum und Beschäftigung und Schaffung neuer Arbeitsplätze
- . Innovation

Diese Prioritäten sind großzügig zu interpretieren und die Kommission wird für die Vorschläge der Mitgliedstaaten im Rahmen der Umstrukturierungen offen sein. Ihre Umsetzung erfolgt dezentralisiert und hängt in hohem Maße von den Mitgliedstaaten ab.

Ein positives Beispiel für eine Intervention der Strukturfonds ist Rover (wird im Praktischen Leitfaden aufgeführt). Diese Fonds haben ebenfalls eine wichtige Rolle für Hewlett Packard gespielt. Dem Fall des Zuckers misst die Kommission ganz besonderes Interesse bei. Es gibt Möglichkeiten, die Diversifizierung und die Innovation in den von der Zuckerindustrie

---

<sup>5</sup> Dieser Fonds betrifft Griechenland, Spanien, Portugal und die zehn neuen Mitgliedstaaten. – Siehe den Praktischen Leitfaden.

betroffenen Regionen anzuregen. Herr Hall verweist darauf, dass er selbst zusammen mit seinen Kollegen aus den anderen Generaldirektionen (Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, Europäischer Sozialfonds) daran arbeitet; Ziel ist es, dem Sektor in Ergänzung zum Umstrukturierungsfonds für die Industrie zu helfen, mit der aktuellen Herausforderung fertigzuwerden.

#### **Herr Dionyssi TSAGRIS (GD Arbeit und Soziales - Europäischer Sozialfonds)**

Herr Tsagris bestätigt, dass sich der Europäische Sozialfonds auf Maßnahmen für die Entwicklung der Humanressourcen und die Investition in die Humanressourcen konzentriert. Die neue Verordnung wird den Schwerpunkt auf die Zielsetzungen des Wachstums und der Beschäftigung legen, die so genannten Ziele von Lissabon, die auf die Vollbeschäftigung ausgerichtet sind. Eine ihrer politischen Prioritäten wird es sein, die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer sowie den Unternehmergeist zu fördern.

Im Rahmen der Umstrukturierungen wird die neue Verordnung ebenfalls Möglichkeiten für Partnerschaften auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene (Beschäftigungspakte) bieten und das „gute Regieren“ fördern.

Die Sozialpartner können eine wichtige Rolle beim Einsatz dieser Fonds spielen, die ebenfalls von NRO verwaltet werden können.

**Schlussfolgernd kann gesagt werden, dass die Ausrichtungen auf der europäischen Ebene festgelegt werden, aber dass die Umsetzung auf der lokalen Ebene erfolgt<sup>6</sup>.**

#### **Herr Athanasios CHRISTIDIS (GD Landwirtschaft – Entwicklung des ländlichen Raums)**

Herr Christidis, der bei der Generaldirektion Landwirtschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums zuständig ist, nennt die wichtigsten Eigenschaften der im Rahmen der Reform der Zuckermarktordnung erwähnten Verordnung des Rates 1698/2005 vom 20. September 2005 (siehe Fußnote 2) über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Diese Verordnung wurde vor kurzem durch den Beschluss des Rates vom 20. Februar 2006 über strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums für den Programmplanungszeitraum 2007—2013 ergänzt, der die Koordination und die Kohärenz mit den anderen Gemeinschaftspolitiken wie z. B. in den Bereichen Umwelt und erneuerbare Energien sicherstellt.

Ein Teil der im Rahmen des Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie verfügbaren Mittel kann von den Mitgliedstaaten für die Umsetzung von Diversifizierungsmaßnahmen genutzt werden, die den Schwerpunkten 1 und 3 der Verordnung 1698/2005<sup>7</sup> entsprechen. Es handelt sich für den Schwerpunkt 1 um die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (Landwirtschaft, Lebensmittelerzeugnisse) und für den Schwerpunkt 3 um die Lebensqualität und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Schwerpunkt 1 enthält beispielsweise die Ausarbeitung von neuen Produkten oder neuen Technologien im Landwirtschafts- und

---

<sup>6</sup> Siehe „Praktischer Leitfaden“ – III – B – Die Strukturfonds – wie funktionieren sie ?

<sup>7</sup> Siehe Verordnung 320/2006 des Rates vom 20.2.2006 über den Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie – Artikel 6.

Lebensmittelsektor sowie die Möglichkeit, spezialisierte Beratungsdienste oder Maßnahmen für einen vorzeitigen Renteneintritt zu nutzen. Für Schwerpunkt 3 kann eine lokale Entwicklungsstrategie eingesetzt werden.

Es wird Aufgabe der Mitgliedstaaten sein, die Kriterien für die Unterscheidung derjenigen Maßnahmen zu definieren, für die eine Direktbeihilfe für die Diversifizierung gewährt werden kann, wie in der Reform der Zuckermarktordnung vorgesehen, und denjenigen, für die eine Beihilfe für die Entwicklung des ländlichen Raums gewährt werden kann, die von der Gemeinschaft finanziert wird.

Herr Christidis verweist darauf, dass es von Interesse ist, sämtliche verfügbaren Fonds in einer Weise zu nutzen, dass sie sich gegenseitig ergänzen und positiv zusammenwirken, und hierzu eine lokale Strategie zusammen mit allen beteiligten Parteien (lokale Behörden, Unternehmen, Sozialpartner) zu entwickeln, um dem Sektor zu helfen, sich unter den besten Bedingungen umzustrukturieren.

### **III - Soziale Verantwortung in der europäischen Zuckerindustrie**

Der dritte Bericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex für die soziale Verantwortung in der europäischen Zuckerindustrie im Jahr 2005 (Anlage 3) und drei neue Beispiele für gute Verfahrenspraktiken werden vorgestellt. Die polnische Übersetzung des Verhaltenskodex liegt dem Bericht bei. Diese Dokumente werden in Kürze auf die Eurosugar-Website gestellt.

Der Bericht 2005 unterstreicht besonders, dass die Anstrengungen der Sozialpartner und der Zuckergesellschaften für ein verantwortliches Management dieser Umstrukturierung in der Praxis nur dann erfolgreich sein können, wenn sie von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten nachhaltig unterstützt werden und wenn sämtliche Instrumente des sozialen Zusammenhalts mobilisiert werden.

Einige Teilnehmer bringen ihre tiefe Enttäuschung in Bezug auf die aktuelle Situation der Umstrukturierung, die eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen gefährdet, zum Ausdruck sowie ihre Fragestellungen bezüglich der von der Kommission als Ursache für diese Umstrukturierung angeführten Gründe (Globalisierung, GAP-Reform, Zuckerpanel bei der WTO).

Ein Vertreter zeigt sich erstaunt darüber, dass die Schritte für die Begleitung auf der nationalen und lokalen Ebene unternommen werden müssen und nicht nur auf der europäischen Ebene. Carlos Lopes, der Vertreter der Kommission erläutert erneut die verschiedenen Maßnahmen, die von den Sozialpartnern auf der europäischen Ebene mit der Hilfe der Kommission unternommen wurden. Aber er hebt hervor, dass in Bezug auf die Strukturfonds die Entscheidungen fast vollständig den lokalen Behörden obliegen, mit denen es unerlässlich ist, einen Dialog aufzubauen, damit eine angemessene Strategie vor Ort verfolgt werden kann, damit Lösungen für einen Ersatz gefunden und neue Tätigkeiten geschaffen werden können.

Die Vorsitzende Marianne Nagy erinnert daran, dass die Reform der Zuckermarktordnung nicht vom Sektor gewählt, sondern ihm aufgezwungen wurde. Außerdem verweist sie darauf, dass außer der Verwaltung der Strukturfonds tatsächlich eine große Anzahl von Entscheidungen von den nationalen Behörden abhängt, wie zum Beispiel die Höhe der

Verwendung von Biotreibstoff in Brennstoffen bei der Erzeugung erneuerbarer Energie anstelle der Zuckerherstellungsaktivität.

#### **IV – Weitere große Herausforderungen, mit der die Zuckerindustrie konfrontiert ist**

Marc Rosiers, Generaldirektor des belgischen Verbandes (SUBEL) stellt den aktuellen Stand der WTO-Verhandlungen bezüglich des Marktzugangs und der Auswirkungen, die diese Verhandlungen für den Zuckersektor haben könnten, vor (siehe Anlage 4).

Dominique Lund erläutert kurz die Position der Zuckerindustrie zur derzeit laufenden Überarbeitung der präferenziellen Ursprungsregeln (siehe Anlage 5).

Oscar Ruiz, der beim CEFS für Lebensmittelrecht und Ernährungsfragen zuständig ist, stellt im Rahmen der Herausforderung in Zusammenhang mit der Fettleibigkeit Beispiele für Neuzusammensetzungen von Lebensmitteln, die Zucker enthalten, vor und gibt eine kritische Analyse der potenziellen Auswirkungen dieser Neuzusammensetzungen (siehe Anlage 6).

Eric Dresin berichtet über einen erfolgreichen Versuch, gesunde Mahlzeiten in einer Reihe von österreichischen Kantinen zu entwickeln (siehe Anlage 7).

#### **V - Schlussfolgerungen**

Harald Wiedenhofer bedauert die katastrophalen Auswirkungen einer Reform, die nicht vermieden werden konnte, und das Fehlen von Perspektiven für die Arbeitnehmer. Er verweist darauf, dass die Sozialpartner verschiedene Initiativen ergriffen haben, um zu versuchen, das Schlimmste zu vermeiden und bestimmte soziale Begleitmaßnahmen zu erhalten. Er spricht den Wunsch aus, dass es der CSR-Verhaltenskodex ermöglichen wird, deutlich über die im Rahmen der Reform vorgesehenen Mindeststandards hinauszugehen, und dass der europäische soziale Dialog, der bereits seine Nützlichkeit unter Beweis gestellt hat, auch weiterhin für die Einrichtung von positiven und verantwortungsvollen Maßnahmen wirken kann.

Marianne Nagy teilt mit, dass eine der Prioritäten der Sozialpartner 2006 in der Tat die Verfolgung der Einsetzung der Begleitmaßnahmen sein wird, um so vielen wie möglich zu helfen.